

# Volksblatt

Das „Volksblatt“ erscheint jeden Sonntag; Sonntags mit der illustrierten Beilage „Volk und Welt“. Innerhalb eingedruckter Manuskripten ist stets das Rückporto beizulegen. Das „Volksblatt“ ist das Publikations-Organ der gewerkschaftlichen und gewerkschaftlichen Organisationen und amtliches Organ verschiedener Verbände. — Schriftleitung: Post 4274, Postfach 10, zwei Treppen, Fernsprecher 4667. Veröf. Anstalt: Postfach 10, zwei Treppen. Veröf. Anstalt: Postfach 10, zwei Treppen. Veröf. Anstalt: Postfach 10, zwei Treppen.

## Sozialdemokratische Tageszeitung für Halle und den Regierungs-Bezirk Merseburg

Bezugsbedingungen: Der Bezugspreis beträgt monatlich 2 Mark einschließlich Zustellungsgebühr, für Abnehmer 1,90 Mark. Viertelbezugspreis monatlich 2 Mark ab Postamt gegen Einzahlung, 2,30 Mark mit Beleggeld, an Postamt abonniert 2,40 Mark. Anzeigenpreis: 8 Pf. im Anzeigen- und 40 Pf. im Reklameteil. 6 Millimeter. — Hauptgeschäftsstelle: Post 4274, Fernruf 4605. — Adressenliste: Gr. Ulrichstraße 27. Postcheckkonto 20319. Gehalt.

# Siegreiche Vorpostengefechte.

Ueberall katastrophaler Zusammenbruch der Völkischen und Kommunisten.

## Anhalter Gemeindevahlen.

Die Köthener Kommunisten wagten nicht mehr eine eigene Liste aufzustellen.

Deffau, 17. November. (Radiotelegramm.)

Am Sonntag fanden nach der Wahlfrist zum Landtag die Stadtverordneten- und Kreiswahlwahlen in ganz Anhalt statt. Sie ergaben im Durchschnitt einen Rückgang der Stimmen von 5 Prozent bei allen Parteien, wenn man das Stimmverhältnis vom letzten Sonntag in Vergleich stellt. Wesentlich stärker ist der Verlust an Stimmen für die Kommunisten und die Völkischen. Die SPD hat sich in Anhalt jetzt glücklicherweise weitgehend, daß sie in der Mehrzahl der Stadtverordnetenversammlungen überhaupt nicht mehr vertreten ist oder mindestens die Hälfte ihrer bisherigen Vertreter einbüßt hat. Nur in einem einzigen Städtchen konnten sie ihre fünf Stadtverordnetenmandate behaupten. Die SPD dagegen befindet sich überall auf dem Vormarsch. Sie hat 4. V. in Bernburg ihre Mandatszahl zum Stadtverordnetenkollegium von 11 auf 12 erhöhen können, während die Kommunisten von 4 auf 2 zurückgingen. In Dessau gewonnen wir ebenfalls einen Sitz und sind jetzt mit 16 Sozialdemokraten als stärkste Fraktion im Stadtparlament vertreten. Die Kommunisten müssen sich mit einem Sitz begnügen. In Köthen erlangte die Partei dreizehn Mandate; sie gewann einen Sitz, während die Kommunisten auf Wiederbestätigung an der Wahl infolge der Unzulässigkeit verzichtete. In Dessau beizugte sich der sozialdemokratische Parteitag im Stadtverordnetenkollegium von 9 auf 10 Mandate. Dagegen verloren die Kommunisten zwei Sitze, die sie bisher innehatten. Auf ihrer Tatigkeit und Politik haben sie im Stadtverordnetenkollegium in Dessau nunmehr überhaupt nichts mehr zu sagen.

Am einzelnen ergab sich folgendes Stimmverhältnis: Deffau: Sozialdemokraten 17 540 (81 190), Kommunisten 1138 (9. November 1398), Nationalsozialisten 837 (8. November 1174), Nierendorf 807 (642), Demokraten 8848 (3862), Volksgemeinschaft 16 026 (16 897).

In Mandaten erhalten die Sozialdemokraten 16, die Kommunisten 1, die Nationalsozialisten verlieren ihr einziges Mandat. Ebenso muß sich die „Volksgemeinschaft“ oder besser der Bürgerblock nicht mehr mit 15 Sitzen begnügen. Die Demokraten erhalten vier Sitze. Es ergibt sich also auch im Dessauer Stadtverordnetenkollegium das Verhältnis, daß Demokraten und Sozialdemokraten gemeinsam eine absolute Umkehrheit bilden können. Darüber hinaus ist festzustellen, daß in der Stadt Dessau allein die Sozialdemokratie ebenfalls mehr Sitze hat als die Parteien des Bürgerblocks mit ihrer Firma Volksgemeinschaft alles zusammen.

## Weitere Einzelergebnisse.

Deffau, 17. November. (WB.)

Dessau (Kreiswahlwahl). Kommunisten 2748 (2993), Sozialdemokraten 24 206 (25 133), Demokraten 5647 (5306), Nierendorf 1140 (797), Volksgemeinschaft 23 253 (23 737). Bernburg (Stadtverordnetenwahl). Sozialdemokraten 723 (698), Demokraten 810 (1108), Kommunisten 1395 (1620), Völkische 1391 (1533), Bürgerblock 1360, Volksgemeinschaft 6432 (7507). Also 16 bürgerliche gegen 14 Sitze der Linken. Köthen (Stadtverordnetenwahl). Sozialdemokraten 6385 (6190), Demokraten 1374 (1363), Völkische 540 (660), Volksgemeinschaft 6063 (6255). Sitze: 13 Sozialdemokraten, 3 Demokraten, 1 Völkischer, 13 Volksgemeinschaft. Bernburg (Stadtverordnetenwahl). Sozialdemokraten 4378 (4214), Demokraten 980 (1074), Kommunisten 183 (420), Volksgemeinschaft 4381 (4858). Sitze: 10 Sozialdemokraten, 3 Demokraten, 11 Volksgemeinschaft. Bernburg a. S. (Stadtverordnetenwahl). Sozialdemokraten 389 (560), Nierendorf 273, Kommunisten 88 (175), Völkische 280 (313), Volksgemeinschaft 1912 (2051). Sitze: Vierer 2, Völkische 2, Sozialdemokraten 3, Volksgemeinschaft 11.

Die Beteiligung der Gemeindevölkischen pflegt gewöhnlich etwas geringer zu sein als bei den Wahlen zu den Landesparlamenten bzw. zum Reichsparlament. Daraus kommt, daß Anhalt ja seit dem 4. Mai bereits zwei Wahlen gehabt hat und ein gewisser Nachlass der Wahlbereitschaft daher nichts Außergewöhnliches darstellt. Nichtsdestoweniger ist das geringe Vorpostengefecht in Anhalt symptomatisch für den 7. Dezember. Wir rechnen am 7. Dezember mit keiner Wahlunfähigkeit. Nach den Erfahrungen der letzten Woche hat die Wählerbereitschaft mit der größten Bereitschaft für bzw. gegen die Reichspolitik Partei ergreifen. Alle Wahlversammlungen benehmen das. Der 7. Dezember wird darum

ein ziemlich getreues Spiegelbild der tatsächlichen Volkstimmung werden, wenn man die Tatsache abzieht, daß die Reichsparteien infolge ihrer größeren Wahlmacht natürlich im höheren Grade als die Sozialdemokratie infolge ihrer Wählerkraft eine teiltig zu beeinflussen.

Das war natürlich gefehlt auch im Freistaat Anhalt der Fall. Trotzdem haben die Völkischen wieder eine gewisse Oberzahl bekommen und können ihren Sitzern an dem Ergebnis ihres ebenfalls gefolglosen kommunistischen Vorkampfes auszuweichen. Symptomatisch ist auch, daß die Kommunisten in den meisten anhaltischen Orten überhaupt keine Gemeindevorteiler vertreten nach dem gestrigen Ergebnis mehr haben. Die Gemeindevorteiler haben also von dem Betragen kommunistischer Stadtverordneter und von den Parolen der Schulen und Konjunktur vollauf genug. Symptomatisch ist weiter, daß beispielsweise in Orten wie Köthen die Kommunisten es nicht einmal gemacht haben, eine eigene Liste zu präsentieren. Es scheint, daß sie den unermesslichen Glauben an die Sieghaftigkeit ihrer Parolen verloren haben. Das Ergebnis der anhaltischen Gemeindevahlen sowie der Wahlen in Schwerin und Bremerhaven (s. weiter unten) bezeugt die Sozialdemokratie in der Gewißheit, daß der 7. Dezember zu einem Siegestag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands und zu einer furchtbaren Niederlage für die deutschnational-kommunistischen Völkischen Koalitionserbitter werden wird.

## Vormarsch der SP.

Schwerin, 17. November. (Radiotelegramm.)

In der Stadt Schwerin fanden gestern die Stadtverordnetenwahlen statt. Wie in Bernburg und Anhalt brachten auch hier einen glänzenden Vormarsch der SPD, deren Stimmzahl im Vergleich zum 4. Mai von 5352 auf 6628 gesteigert wurde. Die Demokraten schlugen sich gleichfalls gut, indem sie 2988 Stimmen erhielten, während ihnen die Wahlen von 4. Mai nur 1687 Stimmen gebracht hatten. Bescheidend ist dagegen der gleichzeitige Rückgang der Stimmen auf der ganzen Linie. Auch in Schwerin-Stadt verlor die deutschnationalen und die Deutsche Volkspartei ihre Selbstinteressen unter einer gemeinsamen harmonischen Einheitsliste zu verbergen. Auch sie verlor es mit einer Wortkonstruktion, in der „Volk“ vorkam, ohne daß ihnen der Schwanz gelehrt wäre. Ihre Stimmen gingen von 11 547 auf 798 zurück. Der Verlust betrug also in einem Zeitraum von weniger Monaten mehr als zweifelhafte Stimmen. Katastrophal ist der Rückgang der Stimmensahl für die Völkischen und Kommunisten. Die Völkischen brachten ganze 198 Stimmen auf, während sie am 4. Mai 4313 Wähler auf sich vereinigten. Die Stimmen der Kommunisten gingen von 1230 auf 689 zurück. Wie in Bernburg, Anhalt und anderen Bezirken, wo in letzter Zeit Wahlen stattfanden, ergibt sich also in Schwerin ein Stimmerrückgang für die Kommunisten um 50 Prozent. Die Völkischen verlieren sogar 75 Prozent.

## Rechte und Kommunisten auf dem Rückmarsch.

Bremerhaven, 17. November. (Radiotelegramm.)

Am Sonntag fanden in Bremerhaven die Bürgervereinerwahlen statt. Die sozialdemokratische Liste vereinigte 14 022 Stimmen mit 19 Mandaten auf sich. Die Kommunisten erhielten 2983 Stimmen mit 4 Mandaten. Die demokratische Liste wurde von 2113 Stimmberechtigten gewählt. Auf sie entfallen drei Mandate. Die bürgerliche Wählergemeinschaft ergab 14 316 Stimmen und 20 Sitze. Am allgemeinen war die Wählerbereitschaft im Vergleich zur letzten Wahl in Bremerhaven geringer. Immerhin entspricht der Verlust von 1500 Stimmen, den die Kommunisten, und von 3800 Stimmen, den die bürgerliche Arbeitsgemeinschaft erlitt, keineswegs dem Prozentabfall der geringeren Wahlbereitschaft. Nebenfalls ist auch in Bremerhaven festzustellen, daß die Rechte und die Kommunisten sich auf dem Rückmarsch befinden.

## Die Sowjet-Henker.

Halle, 15. November. (Ein Drahtbericht.)

In Georgien dauern die Hinrichtungen an. So wird berichtet, daß am 15. und 16. November in Surtais und in Poti laut Anordnung aus 35 bis 19 Gefangenen, deren Untersuchungsakten bereits an die Internierungskommissionen übergeben worden waren, hingerichtet wurden.

## Schutzzölle und Wahlen.

Zerschmettert den Plan!

Das war in der Tat ein stiftiger Plan. In ihren Forderungen nach höheren Schutzzöllen spielen Agrarier und Industrie einander geschickt in die Hände. Eine übertrumpfte den andern. Stille lag darin. „Gibst du mir, geb' ich dir.“ Der Bürgerblock sollte den Raubzug vollbringen. Die Regierung kam ihnen zu Hilfe. Sie brachte eine Vorlage auf Erhöhung der Schutzzölle an den Reichstag. Das war für die Arbeiter und Preisstreiber am Getreidemarkt der Lust, nunmehr mit dem Preisanstieg zu beginnen. Sofort trugen die Getreidepreise sprunghaft. Der Durchschnittspreis für 50 Kilogramm Roggen im Monat August (schon in Berlin von 7,46 Mark auf 9,66 Mark im September) in die Höhe, und die Witte Oktober sprang er auf 11,95 Mark hinauf.

Eine zum Teil noch höhere Preisentwicklung war in anderen Städten zu beobachten. In Breslau stieg der Roggenpreis von 7,70 Mark im Durchschnitt des Monats August auf 11,75 Mark in der dritten Oktoberwoche, in Magdeburg im gleichen Zeitraum von 7,64 Mark auf 11,57 Mark, in Hamburg von 7,67 Mark auf 11,52 Mark, in Köln von 7,70 Mark auf 10,50 Mark, in Nürnberg von 8,76 Mark auf 11,90 Mark, in Mannheim von 8,96 Mark auf 12,13 Mark.

Schutzzölle auf Einfuhrwaren legen, heißt den Preis dieser Waren um die Höhe des Zollfußes steigern. Da die Löhne Roggen im Durchschnitt des Jahres 1913 in Neuport 109 Mark, gefolgt hat, sollte für diesen Preis und den Produktionsaufschlag jener Roggen in Deutschland zu haben gewesen sein. Das war aber nicht so. Denn auf diesen Preis kam der Zollfuß von 50 Mark, wodurch die Löhne Auslandsroger nicht mehr nur 109 Mark, plus Produktionsaufschlag, sondern weiter um den Zollfuß von 50 Mark, verteuert wurde.

Nachdem in dieser Zeit durch den Schutz der Einfuhrwaren verteuert wird, ist für die Großgrundbesitzer in Deutschland die Veranschlagung geklauten, auch den Zolndarlegen in dieser Hinsicht hinausgerieben Preishöhe zu verkaufen. Nicht also nur die Einfuhr, sondern auch die eigenen Erzeugnisse des Landes werden um die volle Höhe des Zollfußes verteuert. Dagegen aber, die den künstlich hinaufgetriebenen Preis bezahlen müssen, sind die besitzlosen Verbraucher. Das wertvolle Volk muß die Liebesgaben an die Großgrundbesitzer aufbringen. Tatsächlich hat im Durchschnitt des Jahres 1913 die Löhne Roggen in Deutschland an der Berliner Börse 55 Mark, mehr gekostet als in Neuport. Der Preis war also in Deutschland um den vollen Zollfuß höher als der Weltmarktpreis, er betrug 164 Mark.

Die gleiche preissteigernde Wirkung haben Schutzzölle für Industrieerzeugnisse. Wenn Rohstoffe für die menschliche Velleistung (Zerfall) mit Schutzzöllen belastet werden, steigert sich ihr Preis um die Höhe des Zollfußes. Der so verteuerte Preis kommt natürlich im Preise der Fertigenwaren zum Ausdruck, und diesen künstlich erhöhten Preis haben wiederum die besitzlosen Verbraucher zu zahlen. Industriezölle wirken aber wiederum auch preissteigernd für die Landwirtschaft. Denn die landwirtschaftlichen Maschinen und Geräte, die mit Schutzzöllen belastet sind, verteuern erneut die Produktion in den landwirtschaftlichen Betrieben. Diese Produktionsverteuern nimmt das Agrarvolumen aber dann abermals zum Anlaß, höhere Schutzzölle zu fordern. Schutzzölle erheben bedeutet also ein Ziel wechselläufiger Kräfte, das die Lebensbedingungen der breiten Volksschichten in einer Kette von Wirkungen verteuert. Es ist eine Schraube ohne Ende. Die Beratung der Regierungsvorlage im Reichstag ist von den Sozialdemokraten vereitelt worden, und die Aufhebung des Reichstages hat zunächst den Schwarm der Schutzzöllerei verhindert. Aber die Vorlage der Regierung selbst und der Plan der Unternehmer — sie bestehen noch. Die Forderung am 7. Dezember peremptorisch werden.

Für die Arbeiterklasse sollte die Schutzzöllerei des Unternehmers und der Reichsregierung ein Warnungssignal sein! Nach den letzten Reichstagswahlen hat das gesamte Unternehmertum in Deutschland immer dreierlei seine Stimme für sozialistische Maßnahmen erhoben. Erst war es eine neue große Anzug durch Schutzzölle unternehmen. Diese Volkswirtschaft kann ihnen nur gelingen, wenn die Massen des wertvollen Arbeitervolkes genügt sind, den bürgerlichen Betrieben ihre Stimme zu geben. Der wertvolle Wertung wird aber gelingen, wenn die Arbeiterklasse in richtiger Erkenntnis Interessen der Sozialdemokratischen Partei am Sieg vertritt. Die Sozialdemokratische Partei hat Jahre 1902 gegen den bis zum Krieg in Kraft gewesenen mit allen zu Gebote stehenden Mitteln den leidigen Kampf geführt. Der Reichstag wurde damals mit Reichstagsbeschluss durch die Arbeiterklasse gegen die vom Bürgerblock beschlossenen. In der letzten

# Heute abend

8 Uhr spricht im „Hofjäger“ der sozialdemokratische Reichstagskandidat **Peters** (Halle) über „**Aufstieg oder Niedergang**“. Sozialdemokraten, Republikaner, Wähler und Wählerinnen, Beamte, Angestellte, schaffendes Volk, erscheint heute abend in Massen im

# „Hofjäger“



















